

# Bern

## Mit einem Defizit ins Wahljahr

**Steuern** Der Stadt Bern fehlten 2019 rund 30 Millionen Franken Steuereinnahmen. Die nun angekündigten Sparpläne bringen Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) viel Kritik ein: Er habe zu optimistisch gerechnet und zu viele neue Stellen geschaffen.

Noah Fend

Nach erfolgreichen Jahren der plötzliche Bruch: 2019 nahm die Stadt rund 30 Millionen Franken weniger Steuergelder ein als budgetiert. Das teilte der Gemeinderat gestern mit. Nachdem die Stadt Bern in den letzten drei Jahren jeweils Überschüsse in der Höhe von 12 bis 67 Millionen Franken erzielte, kommt diese Meldung überraschend.

Hauptgrund für den Einbruch ist ein markanter Rückgang bei den Gewinnsteuern der juristischen Personen. Diese fallen um rund ein Viertel tiefer aus als vorgesehen. Es droht ein Rechnungsdefizit in zweistelliger Millionenhöhe. Die Stadt muss sparen, und zwar alle Direktionen. Umso mehr, als es nicht bei den einen Steuerausfällen bleiben dürfte: Aufgrund der aktuellen Einschätzungen erwartet der Gemeinderat auch für 2020 weniger Steuererträge als budgetiert.

### Zu viel Personal aufgestockt

Just zu Beginn des Wahljahres hagelt es für den rot-grün dominierten Gemeinderat und insbesondere für Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) Kritik. Von bürgerlicher Seite und einigen Mitteparteien wird ihm vorgeworfen, eine zu optimistische Budgetplanung gemacht und die Überschüsse der letzten Jahre sorglos ausgegeben zu haben.

Aebersold bestreitet dies im Grundsatz (Interview unten). Die Stadt Bern habe sich mit den Ausgaben der letzten Jahre nicht übernommen, und Abweichungen vom prognostizierten Budget «liegen in der Natur der Sache».

«Aebersolds Budget zeugt von einer falschen Euphorie», sagt hingegen FDP-Stadträtin Vivianne Esseiva. Es sei normal, dass es bei Steuereinnahmen von Unternehmen zu Schwankungen komme. «Er hätte zurückhalten-



Mit Sorgenfalten ins Wahljahr: Der Berner Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) hat sich im Budget 2019 verschätzt. Foto: Adrian Moser

der planen sollen.» Esseiva kritisiert zudem, dass in den letzten Jahren immer mehr Stellen geschaffen wurden in der Verwaltung. «Jährlich kamen 30 bis 50 neue Stellen dazu. Das steht in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum.»

Auch für SVP-Stadtrat Alexander Feuz kommt das Defizit nicht überraschend. «Es ist ein Ergebnis eines leichtsinnigen Umgangs mit Steuergeldern.» Mit Überschüssen habe man neue Stellen geschaffen und «die Verwaltung aufgeblasen, anstatt eine Steuersenkung zu ermöglichen». Diese Kritik ist auch in Mitteilungen des Stadtrats zu hören. «Man muss das Personalwachstum in der Verwaltung bremsen», sagt Lukas Gutzwiller (GFL). Seine GFL/EVP-Fraktion hätte zudem «eine Budgetplanung mit vorsichtigen Wachstumsprognosen bevorzugt». Dass man nach Überschüssen in

den Vorjahren das Budget nach oben korrigierte, sei vertretbar gewesen, sagt GLP-Stadtrat Peter Ammann. Allerdings forderte die GLP den Verzicht auf Neuver-

schulungen und lehnte deshalb das Budget ab. Es sei «nicht ausgewogen» gewesen, sagt Ammann, das zeige sich nun.

### GB: «Wahlkampfgetöse»

Für Rahel Ruch, Co-Präsidentin des Grünen Bündnisses, ist die bürgerliche Grundsatzkritik an der Berner Finanzpolitik «populistisches Wahlkampfgetöse». Der Vorwurf einer falschen Finanzpolitik sei unbegründet. Für den Rückgang der Steuereinnahmen juristischer Personen in dieser Grössenordnung habe es keine Hinweise gegeben. «Klar ist dieser alarmierend und erfordert Massnahmen», sagt Ruch. «Aber angesichts der Höhe des gesamten Budgets, der vollen Spezial-

### Kein Einbruch beim Kanton

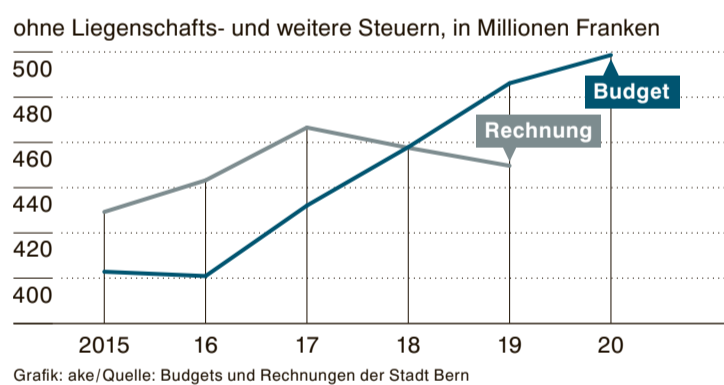
Beim Kanton zeichnet sich, anders als bei der Stadt Bern, kein massiver Einbruch der Steuern bei den Unternehmen ab. Die Einnahmen werden aber auch hier zurückgehen. «Wir haben Anzeichen, dass die Steuereinnahmen von den Firmen leicht unter Budget sein werden», sagt Lukas Röthenmund, stellvertretender Generalsekretär der Finanzdirektion des Kantons Bern. «Wir können dies aber durch Mehreinnahmen bei den anderen Steuerarten auffangen.» In Bezug auf die gesamten Steuereinnahmen werde man sich deshalb im Rahmen des Budgets 2019 bewegen. Der Kanton nimmt von den Firmen pro Jahr rund 600 Millionen Franken an Gewinn- und Kapitalsteuern ein. Das Ausmass des Rückgangs bei der Stadt Bern scheint ein Einzelfall zu sein, wie eine Nachfrage beim Verband Bernischer Gemeinden (VBG) ergibt. «Uns ist nicht bekannt, dass andere Gemeinden im Kanton ähnlich stark betroffen wären», sagt Verbandspräsident Daniel Bichsel. (wal)

finanzierungen und der Höhe des Eigenkapitals ist er verkraftbar.»

Weshalb die Steuereinnahmen von Unternehmen derart zurückgingen, ist nicht ganz klar. Esseiva sieht ein Problem bei der Standortattraktivität. «Stadt und Kanton sind für Unternehmen aus steuerlicher Sicht nach wie vor nicht attraktiv.»

GB, GLP und GFL machen die Gründe aber auch ausserhalb der Stadt Bern aus: die Umsetzung der nationalen Steuerreform (Staf-Vorlage). Die Umsetzung der Reform erfolgt zwar erst 2020, aber: «Grosse Holdinggesellschaften könnten schon 2019 Steueroptimierungen veranlassen haben», vermutet Gutzwiller.

### Steuern Stadt Bern, Privatpersonen und Firmen



## «Bern will die Wachstumsstrategie weiterführen»

Finanzdirektor Michael Aebersold verteidigt seine Arbeit – und schliesst Steuererhöhungen aus.

### Herr Aebersold, haben Sie sich verrechnet?

Nein. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich Steuereinnahmen im Voraus nicht exakt berechnen lassen. Bei solchen Prognosen kann es immer zu Abweichungen kommen.

### Können Sie sich diesen Einbruch erklären?

Nein, wir haben die genauen Gründe dafür noch nicht analysiert. Hauptgrund für den Unterschied sind aber die ausbleibenden Steuereinnahmen von juristischen Personen. Insbesondere Unternehmen im Finanzbereich zahlten weniger als im Vorjahr.

### Auch bei den natürlichen Personen gab es weniger Geld als budgetiert.

Dieses Minus liegt mit vier Prozent aber im Rahmen der natürlichen Schwankungen. Da gibt es zurzeit keinen Grund zur Sorge.

### In den letzten Jahren wurde viel für die Aufwertung der Quar-

### tiere unternehmen. Hat sich Bern mit seiner Vorwärtsstrategie übernommen?

Nein. Die Stadt Bern wächst. Es gibt neue Wohnungen und genügend Arbeitsplätze. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Die Frage ist: Werden die Steuereinnahmen weiter wachsen wie in den letzten Jahren? Oder stagnieren sie wie nun 2019?

### Wie lautet Ihre Antwort?

Das ist schwer abzuschätzen. Nach dem Vorsichtsprinzip gehe ich davon aus, dass die Steuereinnahmen ein Plateau erreicht haben und in den nächsten Jahren nicht allzu stark zunehmen.

### Die Stadt Bern will vieles selber machen und kauft zum Beispiel Häuser, um vergünstigte Wohnungen anbieten zu können. Wäre es nicht günstiger, private Initiativen zu fördern?

Der Gemeinderat betreibt eine Politik, die von der Bevölkerung getragen wird. Das zeigen auch aktuelle Bevölkerungsbefragun-

gen. Solange Private es nicht hinkommen, günstigen Wohnraum zu schaffen, muss die Stadt handeln. Ich bin nicht der Meinung, dass die Stadt alles selber machen muss. Was rentiert, übernehmen Private gerne. Bei Kernthemen wie Verkehr, Wohnen und Soziales muss die Stadt aber ihre Aufgaben wahrnehmen. Und das kostet dann auch.

### In den letzten Jahren wuchs die Stadt, worauf entsprechend Mehrausgaben beschlossen wurden, insbesondere beim Personal. Rächt sich diese Ausgabenpolitik jetzt?

Der Gemeinderat hat seine Ausgaben stets von den Einnahmen abhängig gemacht. Und da wir in den letzten Jahren immer über Budget waren, haben wir die Wachstumsstrategie entsprechend den Einnahmen angepasst. Nun haben wir einen Einbruch bei den Einnahmen und müssen reagieren.

### Gibt es ein konkretes Sparvolu-

men, das man erreichen will? Wir haben vorerst noch keinen exakten Betrag festgelegt. Das beschliessen wir erst, wenn der definitive Rechnungsabschluss vorliegt. Momentan sprechen wir von einem Betrag in zweistelliger Millionenhöhe, um im Jahr 2020 eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen.

### Wo ist sparen möglich?

Ich kann sagen, wo sicher nicht gespart wird: Die maroden Eis- und Wasseranlagen müssen dringend saniert werden. Auch die Renovation und den Ausbau der Schulanlagen braucht es. Wo ich mir aber Einsparungen vorstellen kann, ist beim «Muubeeri»-Bad. Jetzt, wo die neue Schwimmhalle gebaut werden kann, gilt es nochmals zu überdenken, ob wir uns das Bad am Hirschengraben leisten können.

### Wie steht es um andere Grossprojekte, wie etwa die Velobrücke, das Museumsquartier oder die Velooffensive?

Auch hier stellt sich die Frage: Können wir ein Museumsquartier überhaupt finanzieren? Für diese Projekte gibt es noch keine Finanzbeschlüsse. Bis das kommt, wird es Jahre dauern. Ich halte aber den Mahnfinger hoch und sage, dass man nicht beliebig Neues bestellen kann.

### In der Vergangenheit war in Bern auch immer wieder eine Steuersenkung ein Thema. Droht nun gar das Gegenteil – eine Steuererhöhung?

Zumindest ist nun allen klar, dass eine Steuersenkung für Bern keine Option ist. Eine Erhöhung ist aber auch nicht möglich, das zeigt das Beispiel Köniz, wo die Stimmbevölkerung eben erst eine solche abgelehnt hat. Der Gemeinderat muss deshalb ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen, Ausgaben und Investitionen schaffen. Wir wollen aber Berns Wachstumsstrategie weiterführen.

Mathias Streit

## Die Stadt muss sparen, aber wo?

Insbesondere SVP und FDP pochen auf eine rasche Umsetzung effektiver Sparmassnahmen, allerdings ohne Verzicht auf dringend nötige Investitionen. Folgende Projekte werden von den Politikerinnen und Politikern als Sparobjekte angeführt: – Museumsquartier im Kirchenfeld: das Zusammenwachsen der Museen rund um den Helvetiaplatz zu einer Museumsinsel. Für Esseiva ist das ein «Luxusprojekt», welches keine Priorität hat.

– Velobrücke zwischen dem Berner Nordquartier und dem Viererfeld. Für Esseiva und Feuz ist dies nicht prioritär.

– Velooffensive: Feuz sagt, das Projekt sei verfehlt und zu teuer. – Umbau der Schule Kirchenfeld: Das aktuelle Projekt sei mit 46 Millionen Franken zu teuer. Es wäre auch mit 25 Millionen Franken realisierbar, so Feuz.

– Man müsse nicht sparen, sondern in neuen Wohnraum investieren, sagt Ruch. «So könnte man Steuerausfälle bei juristischen Personen mit natürlichen Personen kompensieren.» (nfe)